

DAMIT SICH LEISTUNG LOHNT

*Fünf unbequeme Thesen
zum Wert von Leistungswillen
und Eigenverantwortung
in Österreich*

DAMIT SICH LEISTUNG LOHNT

Geschätzte Leserin, liebe Leser!

Unternehmerisch denkende Menschen wissen:
Geld, das man ausgeben möchte, muss man vorher verdienen.

Leider ist dieser vernünftige Zugang durch den selbstverständlich gewordenen Wohlstand mehr und mehr verloren gegangen: Wir sind am besten Weg von einer Leistungs- zu einer Forderungsgesellschaft!

Dementsprechend wird immer öfter vermittelt, dass Arbeit leidvoll und Freizeit alles ist. Und es wird vergessen, dass ausgerechnet das viel kritisierte Leistungsprinzip die Basis dieses Wohlstandes ist. Nicht nur in materiellen Dingen, sondern auch hinsichtlich der sozialen Absicherung.

Das setzt eine Spirale in Gang, an deren Ende der Verlust von vielen, heute als selbstverständlich betrachteten Errungenschaften stehen wird.

Das wollen wir so nicht hinnehmen:

Leistungsbereitschaft muss in der Gesellschaft wieder selbstverständlich werden!

Dafür wollen wir uns als Wirtschaftskammer Steiermark gemeinsam mit den unternehmerisch denkenden Menschen des Landes mit aller Kraft einsetzen.

Ihr Josef Herk

Unternehmer und Präsident der WKO Steiermark

MEHR LEISTUNG MUSS BELOHNT WERDEN!

Denn: Wer in Österreich mehr arbeiten möchte, wird mit zu hohen Steuern und Abgaben bestraft.

WEG MIT ÜBERZOGENEN GESETZEN UND VERORDNUNGEN!

Denn: Unternehmer:innen sind allzu oft Spielball von bürokratischen Schikanen.

WER NUR FORDERT UND WENIG BEITRÄGT, GEFÄHRDET UNSEREN WOHLSTAND!

Denn: Die staatliche Vollkasko-Mentalität und ein überbordendes Sozialsystem können wir uns weder heute noch morgen leisten.

UNSER BILDUNGSSYSTEM MUSS ENDLICH IM 21. JAHRHUNDERT ANKOMMEN!

Denn: Nach wie vor werden junge Menschen mit Wissen vollgestopft, statt Eigenverantwortung und Talente zu fördern.

UNTERNEHMEN STATT UNTERLASSEN!

Denn: Immer öfter wird vermittelt, dass Arbeit leidvoll, Wettbewerb furchtbar und Freizeit alles ist.

MEHR LEISTUNG MUSS BELOHNT WERDEN!

Ein ganz wesentlicher Leistungshemmer in Österreich ist die außerordentlich hohe Steuer- und Abgabenbelastung auf Arbeit. Nur in drei europäischen Ländern bleibt einem Durchschnittsverdiener am Monatsende netto noch weniger. Für jene, die mehr arbeiten wollen, alles andere als motivierend. Und in Zeiten des Arbeitskräftemangels besonders fatal.

Ist „Mehr Netto vom Brutto“, die Langzeitforderung der Unternehmer:innen, machbar? Ja, wenn der Staat, der im europaweiten Vergleich außerordentlich hohe Einnahmen hat, seine Ausgaben in den Griff bekommt.

Und das ist zu tun:

Die von der WKO vehement geforderte und schließlich umgesetzte Steuerbegünstigung von Überstunden ist ein erster Meilenstein. Es braucht aber weitere Schritte:

Bonus zur Attraktivierung der Vollzeitarbeit:

Ein steuerlicher Freibetrag in der Höhe von 15 Prozent bewirkt eine Verringerung der Steuerbemessungsgrundlage und würde ebenfalls „mehr Netto vom Brutto“ bringen. Konkret würden jemandem, der 2.500 Euro brutto bei Vollzeitarbeit verdient, dadurch monatlich netto 112,50 Euro mehr bleiben.

Steuerkurve abflachen: Grenzsteuersätze (weiter) senken:

Insbesondere für mittelständische Einkommensbezieher ist die Steuerprogressionskurve dringend weiter abzuflachen. Damit vor allem Teilzeitkräfte, die bereit sind, ihre Stunden aufzustocken, von ihrer Mehrleistung auch profitieren.

Die Höchststeuersätze müssen also konsequent weiter sinken. Vor allem auch die Steuersätze für mittlere Einkommen. Konkret: Den Steuertarif für Jahreseinkommen über 34.513 Euro unter 40 Prozent senken und den Steuertarif von 48 Prozent für Jahreseinkommen über 66.612 Euro im ersten Schritt um zumindest zwei Prozentpunkte reduzieren.

Lohnnebenkosten senken:

Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze sichern:

Die im EU-Vergleich überdurchschnittlich hohen Lohnnebenkosten schaden der Wettbewerbsfähigkeit und dem Standort insgesamt. Der Faktor Arbeit muss daher entlastet werden!

Die niedrige Arbeitslosigkeit ermöglicht eine sofortige Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um die Hälfte oder im ersten Schritt zumindest auf maximal 5,0 Prozent. Ebenso ist der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds – so wie im restlichen Europa – strukturell anzupassen und sollte zukünftig primär vom Staat (steuer-)finanziert werden bzw. im nächsten Schritt zumindest auf maximal 3,0 Prozent gesenkt werden.

Generationsübergreifende Finanzierung des Pensionssystems sicherstellen:

- Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters durch Anreize für längeres Arbeiten, aber auch durch Beschränkungen für vorzeitige Pensionsantritte von gesunden Menschen – Stichwort „Korridor pension“.
- Kostendämpfung des steuerfinanzierten Bundeszuschusses (die Demografie lässt die Kosten explodieren – Empfehlungen von RH und Pensionssicherungskommission rasch umsetzen).
- Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung darf die Anhebung des Pensionsalters kein politisches Tabuthema mehr sein!

Fakten-Check:

Wer mehr arbeiten möchte, wird mit Abgaben bestraft!

72

Um magere 72 Prozent wächst das Nettoeinkommen, wenn in Österreich jemand von einer Teilzeitbeschäftigung (20 Stunden) auf Vollzeit (40 Stunden) erhöht, also um 100 Prozent mehr arbeiten möchte. Darum denken leider viele: „Wer rechnen kann, arbeitet Teilzeit.“

32,8

Klingt nach politischer Forderung, ist aber heute bereits Realität: 32,8 Stunden – das ist in Österreich der Durchschnitt der wöchentlichen Arbeitszeit. Und der ist eben seit 1995 kontinuierlich gesunken! Bei einer sinkenden Erwerbsbevölkerung geht sich diese Gleichung auf Dauer nicht aus, das liegt auf der Hand.

WEG MIT ÜBERZOGENEN GESETZEN UND VER- ORDNUNGEN!

Österreichs Bürokratie hat sich 61.000 Paragraphen und 38.000 Verordnungen einfallen lassen, mit freundlicher Unterstützung aus Brüssel. Diese unbändige Lust am Regulieren heißt nichts anderes als: Der Staat und seine Bürokratie trauen den Unternehmer:innen und ihren Mitarbeiter:innen einfach nicht zu, selbständig und verantwortungsbewusst denken und handeln zu können.

Und das ist zu tun:

Jahr für Jahr werden tausende neue Rechtsvorschriften auf EU-, Bundes- und Landesebene erlassen. Dadurch entsteht ein Wildwuchs an – teilweise praxisfremden – Vorschriften, die nicht mehr zu überblicken und administrierbar sind.

Dieser bürokratische Wildwuchs muss zurückgestutzt werden, wo er übers Ziel hinausschießt, also keinen vertretbaren Mehrwert für sichere und faire Rahmenbedingungen liefert.

Elchtest und Folgekostenabschätzung:

Wir brauchen für alle neuen Gesetze und Verordnungen auf EU-, Bundes- und Landesebene vor Inkrafttreten einen praxisnahen „Bürokratie-Elchtest“ durch die davon Betroffenen sowie eine praxisnahe wirtschaftliche Folgekostenabschätzung. Außerdem ist eine unabhängige Kontrollinstanz zur Prüfung neuer Gesetze und Verordnungen einzurichten, ähnlich dem „Nationalen Normenkontrollrat“ in Deutschland. Dieser berät die Politik bei Bürokratieabbau und besserer Rechtssetzung.

Durchforsten und vereinfachen:

Insbesondere ältere Regelungen, wie Melde-, Kontroll- und Dokumentationspflichten, müssen unter Einbeziehung von Praktiker:innen auf Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit hin überprüft und gegebenenfalls gestrichen werden.

Digitalisierungsoffensive:

Es braucht einen Digitalisierungsschub von Behördenverfahren. Keine Automatisierung bestehender Prozesse, sondern Datenverknüpfung mit höchster Sicherheit, nutzerfreundliche Prozessgestaltung und verständliche Erklärungen zu den erforderlichen Angaben.

Verhältnismäßigkeit bei Strafen:

Unverhältnismäßig hohe Strafen und sachlich ungerechtfertigte Mehrfachbestrafungen für Gewerbetreibende müssen abgeschafft werden. Ein weiteres Gebot der Stunde ist die Stärkung der Eigenverantwortung und gerechte Verteilung der Risiken und Haftungen. Beispielsweise ist die Erfüllung eines „funktionierenden internen Kontrollsystems“ in der Praxis de facto nicht umsetzbar – hier benötigt es einen raschen Paradigmenwechsel!

Verletzt z. B. ein Betrieb Verwaltungsvorschriften, müssen Führungskräfte persönlich die Strafe zahlen, es sei denn, es gibt ein „wirksames Kontrollsystem“. Aber die Anforderungen an dieses Kontrollsystem sind so hoch, dass sie de facto niemand erfüllen kann. Daher fordern wir praxistaugliche Kontrollsysteme und mehr Eigenverantwortung, um die Unternehmer:innen vor Strafen zu schützen.

Fakten-Check:

Bei bürokratischen Belastungen sind wir nach wie vor Weltspitze!

56.

Österreich erreicht im „Global Competitiveness Report“ des World Economic Forum beim Punkt „Bürokratische Belastungen“ lediglich den traurigen 56. Platz. Die geringste Bürokratie weist Singapur auf und holt sich damit Platz 1. Und auch unser Nachbarland Deutschland wird auf Rang 16 wesentlich besser bewertet als wir.

50

So viele Melde-, Kontroll- und Dokumentationspflichten hat ein Betrieb mit zehn Mitarbeiter:innen. Daraus resultiert ein jährlicher Arbeitsaufwand von fast 1.000 internen und externen Stunden sowie zusätzlichen Kosten von knapp 70.000 Euro. Diese mehr oder minder willkürlich generierten Kosten gehen zu Lasten der Unternehmen und/oder der Kund:innen.

WER NUR FORDERT UND WENIG BEITRÄGT, GEFÄHRDET UNSEREN WOHLSTAND!

Je öfter verantwortungslose Populisten und Interessenvertretungen vermitteln, dass „es auch ganz gut ohne Arbeit geht“ und dass Wohlstand selbstverständlich ist und nicht erarbeitet werden muss, umso selbstbewusster werden Ansprüche an Staat und Gesellschaft vorgetragen. Mit den Folgen sind Unternehmer:innen täglich konfrontiert.

Der Sozialstaat ist eine wichtige Errungenschaft. Wenn er aber in Richtung Versorgungsstaat kippt, wird untergraben, was ihn möglich gemacht hat: Der Leistungswille! Folgerichtig braucht es jetzt mehr Treffsicherheit und mehr Transparenz im Sozialsystem!

Und das ist zu tun:

Es gibt in Österreich einen breiten Konsens zu einer bedarfsorientierten und solidarisch finanzierten Kranken-, Pensions-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung.

In den letzten Jahren ist aber in vielen Bereichen eine Schieflage entstanden, die dieses System ins Wanken bringt.

Leistungsorientierte Beschäftigungsanreize setzen! Bringen wir arbeitslose Menschen schneller wieder in Beschäftigung! Dafür schlagen wir vor:

- Ein degressiv gestaffeltes Arbeitslosengeld (das bedeutet: anfänglich mehr, mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sinkend, insgesamt aber gleich viel)
- Adaptierung von Zumutbarkeitsgrenzen (bei Menschen ohne Pflegeverpflichtungen darf Mobilität vorausgesetzt werden)
- Reform von Zuverdienstgrenzen (mit Arbeitslosengeld + Geringfügigkeit lässt sich gut leben, auf Kosten der Gemeinschaft!).

Einen Sozialstaat für jene, die es wirklich brauchen! Abkehr vom undifferenzierten Gießkannen-Prinzip hin zu sozialer Treffsicherheit durch:

- Konsequente Kontrolle und Sanktionierung von Sozialmissbrauch (zum Beispiel durch eine Sozialtransfer-Datenbank für Behörden)
- Reform der Bildungskarenz (die bedarfsorientierte Weiterbildung sicherstellt und sinnwidrige Inanspruchnahmen)
- Eigenverantwortung statt Risikoverschiebung (etwa durch eine verpflichtende Freizeitunfallversicherung, die Entgeltfortzahlungen abdeckt).

Fakten-Check:

Staatliche Sozialausgaben haben sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt!

29,4

Das ist der prozentuelle Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Österreich. Das sind die dritthöchsten aller OECD-Länder! In den letzten drei Jahren sind diese Sozialausgaben um ganze fünf Prozentpunkte gestiegen, in Deutschland im selben Zeitraum um 1,3 Prozentpunkte. Da gibt es ganz offensichtlich Nachholbedarf bei der Treffsicherheit.

1/3

Nur ein Drittel der 60- bis 65-jährigen arbeitet in Österreich noch. Während es in Deutschland mehr als 60 Prozent sind. Dabei sollten Frauen ihre Pension mit 62 antreten, Männer mit 65. So steht es im Gesetz. Und ebenso bemerkenswert: Seit 1970 ist die Lebenserwartung im Land um gut zehn Jahre gestiegen – aber das durchschnittliche Pensionsantrittsalter fast gleichgeblieben.

UNSER BILDUNGSSYSTEM MUSS ENDLICH IM 21. JAHRHUNDERT ANKOMMEN!

Nach wie vor orientiert sich das Bildungssystem mehr am eigenen Funktionieren als an den Bedürfnissen der Schüler:innen. Themen wie Lehrerfortbildung in der Praxis, zeitgemäße Berufsorientierung oder frühkindliche Bildung werden so sträflich vernachlässigt. Von einem ernsthaften Wirtschaftsunterricht oder digitaler Kompetenz gar nicht zu reden.

Ein zukunftsweisendes Bildungssystem bietet eine qualitätsvolle Grundbildung für alle und vermittelt ganz selbstverständlich Kompetenzen wie Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft. Denn Selbständigkeit beginnt mit der Schultüte und nicht mit dem Gewerbeschein.

Und das ist zu tun:

Nur Durchschnitt ist nicht genug – alte Strukturen müssen endlich aufgebrochen werden!

Das System ist starr, teuer und führt zu Frustrationen aufseiten der Schulleitungen, der Lehrkräfte, der Eltern, der Schüler:innen und auch der Unternehmen als zukünftige Arbeitgeber.

Kindergärten – mehr als nur eine Betreuungsstätte!

Während in anderen Ländern der vorschulische Bereich bereits in den Fokus der Bildungspolitik gerückt ist, muss dieser in Österreich erst als Teil des Bildungssystems begriffen werden. Frühkindliche Bildung kann helfen, Defiziten in Sprache, Sozialkompetenz und Rechnen frühzeitig zu begegnen und ein solides Fundament für einen gelungenen Schuleintritt legen. Umso wichtiger ist es, endlich ein flächendeckendes und zugleich qualitativvolles Kinderbildungs- und -betreuungsangebot zu schaffen.

Sommerschule – Lerngewinn statt Lernverlust!

Lange Sommerferien sind nicht nur eine Herausforderung für berufstätige Eltern/Erziehungsberechtigte, sondern sie führen auch zu Lernverlusten aufseiten der Schüler:innen. Hier braucht es daher schleunigst ein Umdenken! Ein flächendeckendes Sommerschulangebot für alle Schüler:innen würde viel Raum für Förderung der individuellen Potenziale unserer Jugend bieten.

Nur die Besten für unsere Kinder!

Pädagog:innen und Lehrpersonen haben in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben zu erfüllen: Sie begleiten über Jahre hinweg den Entwicklungsweg unserer Kinder und Jugendlichen, die Wissensvermittlung ist dabei nur eine von vielen Aufgaben. Umso wichtiger ist es daher, die Ausbildung neu zu denken, und künftigen Pädagog:innen und Lehrer:innen auch Erfahrungen außerhalb des Bildungssystems zu ermöglichen.

Fakten-Check:

Ein teures Bildungssystem, das im Vergleich nur mäßig erfolgreich ist!

100

In der sogenannten Unterstufe (5. bis 8. Schulstufe) stehen die österreichischen Lehrer jährlich fast 100 Stunden kürzer in der Klasse als im OECD-Schnitt (Ö: 623, OECD: 711), in der AHS-Oberstufe/BMHS kommen Österreichs Pädagog:innen auf 90 Stunden weniger als die internationale Kollegenschaft.

0,7

Das ist der Anteil am Bruttoinlandsprodukt, den Österreich für frühkindliche Bildung ausgibt. Also für Kinderkrippe, Kindergarten, Volksschule – dort, wo der Grundstein für Eigenverantwortung und Selbständigkeit gelegt wird. Zum Vergleich: Die nordischen Länder sind hier führend, Norwegen gibt rund zwei Prozent seines BIP für eine qualitätsvolle Grundbildung aus.

UNTER- NEHMEN STATT UNTER- LASSEN!

In einer idealen Welt wäre allen Menschen klar, dass sie selbst ein Teil der Wirtschaft sind. Weil sie arbeiten, kaufen, reisen und so weiter. In der realen Welt in Österreich hingegen meint „Wirtschaft“ oftmals: hier die bösen Unternehmer:innen, die auf dem Rücken von armen Mitarbeiter:innen ihren Reichtum vermehren.

Diese zunehmende Stimmungslage, die Werte wie Leistungswille und Eigenverantwortung mehr und mehr ins Abseits drängt, dürfen wir als Unternehmer:innen und als Bürger:innen nicht länger schweigend zur Kenntnis nehmen. Wir müssen gemeinsam und entschieden dagegen auftreten!

Und das ist zu tun:

Man muss so ehrlich sein: Eine in der Gesellschaft vorherrschende Stimmungslage zu ändern, ist keine einfache Aufgabe.

Die Wirtschaftskammer stellt in den kommenden Monaten das Thema „Leistung muss sich lohnen“ in den Mittelpunkt ihrer kommunikativen Bemühungen. Aber da geht noch mehr: wenn sich nämlich viele der 100.000 Unternehmer:innen in der Steiermark vornehmen, das Thema in persönlichen Runden oder im Austausch mit ihren Mitarbeiter:innen anzusprechen und zu diskutieren.

Das vorliegende Papier ist als Grundlage dafür gedacht. Damit Unternehmer:innen die hier angeführten Inhalte in eigenen Worten und eigenen Bildern in die Welt bringen können. Oder in einem ersten Schritt in die Steiermark.

Womit wir in den nächsten Wochen und Monaten auf Sie zukommen werden:

Den eigenen Interessen ein Sprachrohr geben und Mitstreiter:in werden

Die WKO Steiermark ist Tag für Tag damit beschäftigt, mit großer Hartnäckigkeit Forderungen durchzusetzen, noch mehr bürokratische Hindernisse zu verhindern oder Zukunftsweisendes auf Schiene zu bringen. Mit www.unternimmwas.at wird die WKO Steiermark auf eine Plattform einladen, auf der Unternehmer:innen zu Mitstreiter:innen der jeweiligen Themen werden.

An der WKO Interessenvertretung mitgestalten und mitarbeiten

Damit die Wirtschaftskammer die Interessenvertretung der Unternehmer:innen sein kann, braucht es – Unternehmer:innen! Nämlich jene, die sich für die Interessen ihrer Branche einsetzen und manchmal auch kämpfen müssen. Ja, das bedeutet Aufwand. Aber wer es probiert hat, weiß: Es macht Sinn! Klingt interessant? Dann schicken Sie uns einfach ein Mail an ichbindabei@wkstmk.at, wir melden uns umgehend.

DIE KERN- AUFGABEN DER WKO STEIERMARK

Wir sind überzeugt, dass Leistungswille und Eigenverantwortung die Rohstoffe für eine erfolgreiche Zukunft sind. Damit Menschen – sowohl jene mit Gewerbeschein als auch jene mit einem Lohnzettel (das ist wichtig) – diesen Werten entsprechend arbeiten und etwas unternehmen können, braucht es passende Rahmenbedingungen. Um diese Rahmenbedingungen sicherstellen zu können, hat die WKO Steiermark drei Kernaufgaben:

- **Wir werden möglichst alle Hürden, die der Selbständigkeit und der Eigenverantwortung im Weg stehen, aufzeigen und ausräumen.**
- **Wir werden jene Herausforderungen, die einzelne Personen und Unternehmen in einer Zeit des raschen Wandels überfordern, gemeinsam annehmen und Lösungen erarbeiten.**
- **Wir werden uns unnachgiebig dafür einsetzen, dass Leistungswille und Leistungsträger:innen anerkannt und honoriert werden.**

Fakten- Check:

90.000

Mal im Jahr nutzen Unternehmer:innen das Rechtsservice der WKO Steiermark und bewerten das Service mit der Note 1,3.

110

Außenhandelsstützpunkte in aller Welt stehen den exportorientierten Unternehmen des Landes als Türöffner zur Verfügung.

50.000

Steirer:innen nutzen Jahr für Jahr das Bildungsangebot der WKO – vom WIFI über die Fachhochschule Campus 02, das Talentcenter bis zur Tourismusschule Bad Gleichenberg und mehr.

5,3 Mrd.

Euro zahlen die 83.000 steirischen Unternehmer:innen pro Jahr an Einkommen- und Körperschaftssteuer.

1.300

Unternehmer:innen engagieren sich in der Steiermark als Funktionär:innen für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

400

Gesetze werden Jahr für Jahr von den Experten der Wirtschaftskammer begutachtet und auf ihre Wirtschaftstauglichkeit geprüft.



Wirtschaftskammer Steiermark

Körblergasse 111-113, 8010 Graz | Telefon: +43 316 601-0

E-Mail: office@wkstmk.at | wko.at/stmk